

Wolfgang Kleindienst
Kreistagsmitglied Unabhängige Bürgervertretung
Saale-Orla – UBV
Kastanienallee 4a
07381 Pößneck
E-Mail: w.kleindienst@t-online.de
Tel.: 03647 423223

An
Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie, Naturschutz und Forsten
Herrn Minister Tilo Kummer
Postfach 900365
99106 Erfurt

Betreff: Ihre Antwort zur „Reform der Energieversorgung“ – Klarstellung zentraler energiewirtschaftlicher Fakten vom 13.01.2026

Sehr geehrter Herr Minister Kummer,

wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 13.01.2026. Leider müssen wir feststellen, dass Ihre Antwort in wesentlichen Punkten nicht auf die von uns vorgetragenen konkreten Argumente und Zahlen eingeht, sondern überwiegend allgemeine energiepolitische Leitformulierungen wiederholt.

Gestatten Sie uns daher einige sachliche Klarstellungen:

1. Thüringen hat kein Erzeugungs-, sondern ein System- und Steuerungsproblem

Sie schreiben, Thüringen sei weiterhin „in erheblichem Umfang auf Energieimporte angewiesen“. Das ist eine irreführende Verkürzung. Entscheidend ist nicht die installierte Erzeugungsleistung, sondern die *gesicherte, bedarfsgerechte und zeitlich verfügbare Leistung*.

Tatsache ist:

- In Thüringen sind derzeit rund **4.700 MW Wind- und PV-Leistung installiert** (2,8 GW PV und 1,824 GW Windkraft).
- Die **maximale Netzlast** liegt jedoch nur bei rund **1.211 MW** (siehe Netzstrukturdaten TEN 23.10.24).

Thüringen hat damit bereits heute ein **massives strukturelles Überangebot an installierter Leistung** – aber zu den falschen Zeiten.

Das Problem ist nicht „zu wenig Erzeugung“, sondern die **Unsteuerbarkeit und Gleichzeitigkeit** von Wind- und Solarstrom. Noch mehr volatile Erzeugung verschärft dieses Problem, statt es zu lösen.

2. Speicher ersetzen keine Kraftwerke – aber noch weniger ersetzt unkoordinierter Zubau von Windrädern Versorgungssicherheit

Ihr Hinweis, Speicher könnten keine Erzeugung ersetzen, ist trivial – und geht am Kern unserer Argumentation vorbei. Niemand behauptet das.

Was Sie jedoch auslassen:

- Thüringen verfügt bereits heute über **über 1.500 MW Pumpspeicherleistung** (laut Umweltministerium 1.526 MW).
- Diese Anlagen sind **systemrelevant für Netzstabilität und Residuallastabdeckung**, werden aber regulatorisch und wirtschaftlich systematisch benachteiligt.

Statt vorhandene Speicher und Steuerungsfähigkeit systemisch zu stärken, wird weiter **ungesteuerte, volatile Leistung** zugebaut, die:

- Redispatch-Kosten explodieren lässt,
- Netzausbau erzwingt,
- und die reale Versorgungssicherheit *nicht erhöht*.

3. Mehr installierte Leistung heißt nicht mehr Versorgungssicherheit

Versorgungssicherheit bemisst sich nicht in Megawatt installierter Nennleistung, sondern in **gesicherter Leistung bei Dunkelflaute, Winter und Spitzenlast**.

Wind- und PV-Anlagen tragen hierzu physikalisch **nahe Null** bei. Das ist kein politisches Urteil, sondern eine systemtechnische Tatsache.

Der weitere Ausbau erhöht daher vor allem:

- Kosten,
- Flächenverbrauch,
- Eingriffe in Natur und Landschaft,
- und Systeminstabilität.

4. Das 2 %-Flächenziel ist energiepolitisch unbegründet

Flächenziele haben **keinen Bezug zu Bedarf, Netzfähigkeit oder Systemstabilität**. Sie sind ein rein politisches Steuerungsinstrument, kein energiewirtschaftliches.

Eine rationale Planung müsste sich orientieren an:

- Lastprofilen
- gesicherter Leistung
- Netzkapazitäten
- Speicher- und Regelreserven

Genau das fordern wir.

5. Regionale Wertschöpfung rechtfertigt keine Fehlplanung

Der Hinweis auf kommunale Beteiligung ersetzt keine Systemlogik.

Auch wirtschaftlich bleibt festzuhalten:

- Die Gesamtkosten aus Netzausbau, Redispatch, Abregelung und Reservehaltung übersteigen die lokalen Einnahmen um ein Vielfaches.
- Diese Kosten zahlen **Bürger und Industrie über Strompreise und Steuern.**

6. Beteiligungsverfahren ersetzen keine materielle Entscheidungshoheit

Formale Beteiligung in einem rechtlich bereits vorgegebenen Flächenzielrahmen ist **keine echte kommunale Selbstbestimmung.**

Wenn Regionen Flächen ausweisen *müssen*, ist das Ergebnis politisch vorgegeben – nicht offen.

Fazit:

Thüringen braucht:

- keine weiteren Flächenziele,
- keinen weiteren ungesteuerten Zubau,
- sondern eine **systemische, physikalisch und netztechnisch fundierte Neuordnung der Energieplanung.**

Solange diese nicht vorliegt, bleibt unsere Forderung nach einem **Moratorium für weitere Großprojekte** fachlich, ökologisch und ökonomisch begründet.

Wir sind gern bereit, diese Fragen in einer **offenen, faktenbasierten Fachdiskussion** zu vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Kleindienst
Pößneck, den 23.01.26